



Bezugs- und Anzeigen-Preis.

Das Blatt kostet vierteljährlich 60 Pf., halbjährlich 1.10 Pf., jährlich 2.10 Pf. ...

„Berliner Tageblatt“

„Berliner Tageblatt“ erscheint wöchentlich einmal, Sonntags einmal ...

Berliner Tageblatt

Dienstag

14. September 1909

Nr. 466 38. Jahrgang

Handels-Zeitung

Das sächsische Wahlrecht.

Von Oscar Günther.

Stadtdruck vorbehalten.

Im Königreich Sachsen finden in diesen Tagen nach einem neuen, sogenannten Muralwahlrecht die Wahlen zur zweiten Kammer statt.

Im Jahre 1848 die Verfassung von 1831 nicht definitiv abgeändert habe, eine Definition, die um so lächerlicher wirkt.

Mit dem Jahre 1866 brach auch für das Königreich Sachsen eine neue Zeit an. Die sächsische Regierungskunst, die schon seit den Tagen des Königs August des Starren nicht weit her war.

Sachsens Politik wurde von nun an eine andere. Es war dem Norddeutschen Bunde beigetreten. Die Einführung des allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts.

Nachdem adstufungswahlrecht Sachsens erlosch, wurde das sächsische Wahlrecht durch ein neues ersetzt.

Die Inzuredenheit über das Dreiklassenwahlrecht äußerte sich auch in bürgerlichen Kreisen. Die Sozialdemokratie verstand bei den alle zwei Jahre stattfindenden Landtagswahlen.

Die Inzuredenheit über das Dreiklassenwahlrecht äußerte sich auch in bürgerlichen Kreisen. Die Sozialdemokratie verstand bei den alle zwei Jahre stattfindenden Landtagswahlen.

wohl verlange bringend danach, so riefen jene Leute, die noch im Jahre 1896 die Wahlrechtsverflechtung als eine vaterländische Tat gepriesen hatten.

In dieser Denkschrift gab die Regierung zu, daß durch das Dreiklassenwahlrecht über achtzig Prozent der Wählerschaft eine ihrem Willen entsprechende Vertretung überhaupt nicht bestünde.

Das griechische Reformproblem.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Heute bringt die Zeitung „Kathis“ den Schluß ihres Interviews mit Theodoris, das die schwierigste aller Fragen, die finanziellen Probleme, behandelt.

Im Folgenden spricht dann Theodoris von den finanziellen Schwierigkeiten und sucht in diesem Punkt insbesondere die Ursachen für die finanzielle Verfallung zu erklären.

Durch all diese Erklärungen hat der frühere Ministerpräsident und Führer der jetzigen Regierungskammer dem Kabinett-Ministerpräsidenten den Weg geebnet.

Weiter fanden sich bis zum heutigen Tage Rechtslehrer, die der Regierung den byzantinischen Verstand erwiesen, über revolutionäre Haltung den Stempel des „unbegreiflichen Wahns“ aufzudrücken.